



Sprecher

Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Leibniz Universität Hannover
Institut für Didaktik der Demokratie
Königsworther Platz 1
30167 Hannover
T 0511 762-17449
Schmiechen-A@web.de

Stellv. Sprecher

Prof. Dr. Jochen Oltmer
Universität Osnabrück
Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Neuer Graben 19/21
49069 Osnabrück
T 0541 969-4365
Fax 0541 969-4380
joltmer@uni-osnabrueck.de

Schriftführer

Oliver Schael
Otto-Falckenberg-Str. 15
56070 Koblenz
T 0261 30000150
oliver.schael@gmx.de



Rundbrief Nr. 27

September 2018

Inhalt

38. Arbeitskreistreffen am 14. April 2018 in Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover – Städtische Erinnerungskultur »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen«

Regularien S. 2

Tagung »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen«

Grußwort von Regine Kramarek, Bürgermeisterin der Stadt Hannover S. 2

Bernd Faulenbach (Bochum): Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland S. 3

Gerhard Schildt (Braunschweig): Die Revolution von 1830 in Braunschweig: verschwiegen, erfolgreich, antimonarchisch, – aber demokratisch?S. 4

Harald Lönnecker (Koblenz): »Deutsche Einheit und deutsche Freiheit!« – Die Göttinger Burschenschaft, ca. 1815-1850S. 5

Elias Angele (Bremen): Demokratie und »subjektlose Gewalt«: Die Stadtwehr in Bremen, 1919-1921S. 6

Jenny Hagemann (Hannover): Vom Ort der Demokratie zum Ort der Demokratiegeschichte? Gorleben und die Anti-Atombewegung im Hannoverschen WendlandS. 6

Gorleben und die Anti-Atombewegung: ein Erinnerungsort niedersächsischer und bundesdeutscher Demokratiegeschichte? Podiumsdiskussion mit Jenny Hagemann (Hannover), Gabi Haas (Hamburg) und Wolfgang Ehmke (Dannenberg)S. 7

Regularien

Begrüßung

In Kooperation mit der Landeshauptstadt Hannover – Städtische Erinnerungskultur fand die 38. Zusammenkunft des Arbeitskreises für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen am 14. April 2018 im Hodlersaal des Neuen Rathauses Hannover statt. Die Tagung widmete sich dem Thema »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen«.

Genehmigung des Protokolls des 37. Arbeitskreistreffens (Rundbrief Nr. 26)

Zum Rundbrief Nr. 26, der in Kurzform die Referate und Diskussionen der 37. Sitzung am 4. November 2017 zum Thema »Die ›langen‹ 1960er-Jahre in Niedersachsen und Bremen« dokumentierte, wurden keine Änderungswünsche oder Ergänzungen genannt. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

Nächste Tagung des Arbeitskreises

Aufgrund der sehr erfreulichen Resonanz auf den letzten Call for Papers wurde beschlossen, dass sich die Herbsttagung des Arbeitskreises wiederum dem Thema »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen« widmen wird. Im Mittelpunkt werden dabei Beiträge stehen, die sich vorwiegend mit dem 20. Jahrhundert befassen. Die Herbsttagung wird am 20. Oktober 2018 in Hannover stattfinden.

Kurzzvorstellung von Projekten, Publikationen und Tagungen

Harald Lönnecker stellte folgende, soeben im Göttinger »Wallstein Verlag« erschienene Disseration vor:

Manuel Weskamp: „Ehre – Frohsinn – Eintracht“. Selbstverständnis, Mitgliederrekrutierung und Karrieremuster von Akademikern am Beispiel des Corps Saxonia Göttingen (1840-1951). Göttingen 2018.

Tagung »Orte der Demokratie in Niedersachsen und Bremen«

Die Bürgermeisterin der Landeshauptstadt, **REGINE KRAMAREK** (Hannover), machte in ihrem **Grußwort** zu Beginn der Veranstaltung darauf aufmerksam, dass der Tagungsort, das Neue Rathaus, ebenfalls ein besonderer Ort der Demokratiegeschichte in Niedersachsen ist. Das zu Beginn des 20. Jahrhunderts errichtete Gebäude verfügt über ein für

die deutsche Rathausarchitektur einmaliges Kuppeldach. In seiner gestalterischen Ausformung erinnerte diese Kuppel nicht zufällig an das damalige Reichstagsgebäude in Berlin und stellte somit ein im öffentlichen Raum weit sichtbares Symbol für die Demokratie und den Parlamentarismus dar. Ab 1933 nutzten und missbrauchten die Nationalsozialisten allerdings auch diesen Ort für ihre propagandistischen Zwecke. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges knüpfte man gleichwohl wieder an demokratische Traditionen an: So wurde im Neuen Rathaus etwa 1946 die Gründung des Landes Niedersachsen proklamiert. Sitzungen des Niedersächsischen Landtages fanden hier ebenfalls statt. Angesichts dieser wechselvollen Geschichte betonte die Bürgermeisterin, dass die Demokratie und die damit verbundenen Werte und Normen immer wieder ge- und erlernt werden müssen. Aus diesem Grund unterstützt die Stadt Hannover die Errichtung eines Lernorts »Erinnerung und Demokratie«, der in Sichtweite des Neuen Rathauses entstehen soll.

Unmittelbar daran anknüpfend, hielt **BERND FAULENBACH** (Bochum) einen einführenden Vortrag mit dem Titel **»Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland«**. Er betonte, dass heute sehr viel skeptischer über Demokratie gesprochen wird als etwa noch vor 30 Jahren – nach dem Fall der kommunistischen Regime in Osteuropa. Die Bestrebungen nach einer Rückkehr zu autoritäreren Strukturen, die offenen Bekenntnisse zur Etablierung von »illiberalen Demokratien« scheinen derzeit weltweit im Auftrieb zu sein.

Die im »Westen« lange vorherrschende Vorstellung davon, was genau unter Demokratie verstanden werden soll, hat sich in einem langen, wechselhaften historischen Prozess herausgebildet. Dabei ist ein immer komplexeres und auch anspruchsvolleres gesellschaftliches Ordnungskonzept entstanden. Es wird darunter nicht nur die Herrschaft einer Mehrheit und ein verfassungsmäßig konstituiertes Institutionengefüge verstanden. Grundlegend für eine Demokratie sind heute etwa die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, die Gewaltenteilung, die Ausübung von Herrschaft auf Zeit, die Bindung staatlichen Handelns an verbindlichen Rechtsnormen sowie soziale Schutz- und Fürsorgerechte.

In den letzten Jahren ist die Demokratiegeschichte zunehmend als eine Aufgabe der aktiven Erinnerungsarbeit in Deutschland entdeckt worden. In den frühen 1970er-Jahren hat es dazu bereits erste Ansätze gegeben. Der Referent erinnerte etwa an die Erinnerungsstätte für die deutsche Freiheitsbewegungen, die auf Anregung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann in Rastatt (Baden-Württemberg) entstanden ist. Gleichwohl standen seit den 1960er-Jahren der Nationalsozialismus und der Holocaust zunehmend im Zentrum der deutschen Erinnerungsarbeit. Seit den 1990er-Jahren wurde diese durch die Beschäftigung mit der SED-Herrschaft modifiziert, aber nicht grundsätzlich verändert. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie der auf Initiative des SPD-Politikers Hans-Jochen Vogel 1993 gegründete Verein »Gegen Vergessen – Für Demokratie« versuchen seitdem, die Ex-negativo-Begründung der Demokratie als Gegenbild zu den Diktaturen des 20. Jahrhunderts durch die Bezugnahme auf positive Beispiele aus der deutschen Demokratie- und Freiheitsbewegungen zu ergänzen – nicht zu korrigieren. Ein gewisser Abschluss dieser Entwicklung wurde erreicht, als im Juni 2017 über 30 Organisati-

onen, Initiativen und Vereine in Berlin die Arbeitsgemeinschaft »Orte der Demokratiegeschichte« gegründet haben. Die Forderung der Arbeitsgemeinschaft nach einem Förderprogramm für demokratiegeschichtliche Erinnerungsorte wurde auch in den Koalitionsvertrag von Union und SPD aufgenommen. Anders als versprochen, wird es nun aber zunächst kein gemeinsames Konzept der Koalitionsparteien für diese Förderung geben – die einzelnen Fraktionen werden zunächst eigene Vorstellungen dazu entwickeln.

Bernd Faulenbach betonte, dass trotz des Scheiterns der 1848er-Revolution und des Untergangs der Weimarer Republik genügend identitätsstiftende Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte existieren, die es wert sind, stärker in das Bewusstsein der Menschen gerückt zu werden: Zu nennen sind beispielsweise das Hambacher Fest, die Göttinger Sieben, die Novemberrevolution von 1918/19, der NS-Widerstand, der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, die »Umgründung« der Bundesrepublik in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren sowie die Friedliche Revolution von 1989/90 und die Wiedervereinigung. Zudem kann man verstärkt an die »Märtyrer« in der Demokratiegeschichte erinnern, die im Kampf für die Freiheit ihr Leben eingesetzt und verloren haben (z. B. Robert Blum). Das Wachhalten der Erinnerung an diese Ereignisse und Personen kann dazu beitragen, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Demokratie lange Zeit gefährdet war und wohl auch nie ganz ungefährdet sein wird. Sie bedarf stets des Engagements des selbstbewussten Citoyens für die »res publica«.

Unter dem Titel **»Die Revolution von 1830 in Braunschweig: verschwiegen, erfolgreich, antimonarchisch, – aber demokratisch?«** befasste sich im Folgenden **GERHARD SCHILDT** (Braunschweig) in einem ersten empirischen Fallbeispiel mit der braunschweigischen, respektive niedersächsischen Demokratiegeschichte: Am 7. September 1830 brach eine Revolution gegen den Braunschweiger Herzog Carl II. aus. Das Schloss wurde gestürmt, es wurde niedergebrannt, es gab Tote auf beiden Seiten und der Herzog flüchtete. Sein Bruder Wilhelm, der aus preußischen Diensten kam, übernahm zunächst die Regentschaft, dann das Herzogtum. Ein Versuch Carls, seinen Bruder wieder zu stürzen, scheiterte kläglich.

Da die Aufgabe des Deutschen Bundes darin bestand, die äußere und vor allem aber die innere Sicherheit Deutschlands zu bewahren, konnte er eine Revolution in einem deutschen Bundesland keineswegs dulden. Die politischen Kräfte in Braunschweig, vor allem der Magistrats-Direktor Bode, erklärten deshalb, dass hier überhaupt keine Revolution stattgefunden habe: Die monarchische Gesinnung sei unverändert stark, was vor allem an der Verehrung Wilhelms deutlich werde. Es gab deshalb in der Folge niemals eine Erinnerung an die Revolution, etwa ein Denkmal für die gefallenen Revolutionäre oder Ähnliches. Bis zum heutigen Tage ist die Revolution der Bevölkerung Braunschweigs deshalb nicht oder kaum bekannt.

Gleichwohl engte eine Verfassungsreform nach der Revolution die Befugnisse des Herzogs stark ein. Weder Wilhelm noch spätere Regenten hatten Einfluss auf die Landespolitik. Eine anschließende Landreform (Ablösung der Lasten und eine Flurbereinigung) war für die braunschweigische Landbevölkerung (sowohl für die Bauern wie für die unterbäuer-

liche Landbevölkerung) außerordentlich günstig. Das Herzogtum errang eine führende Stellung in der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands.

Die Zusammensetzung des Landestages wurde durch ein Drei-Klassen-Wahlrecht bestimmt. Es war jedoch zusätzlich indirekt, was bedeutete, dass die Mehrheitsverhältnisse im Parlament in erster Linie von den Wählern der 1. Klasse bestimmt wurden. Deshalb hatte bis 1918 nicht ein einziger Abgeordneter der entstehenden Sozialdemokratie einen Sitz im Landtag inne, obwohl die Braunschweiger Sozialdemokratie bei Reichstagswahlen häufig die absolute Mehrheit errang. Der Hass der Arbeiter gegen das Bürgertum und umgekehrt führte deshalb nach 1918 zu besonders blutigen Auseinandersetzungen zwischen rechts und links, die 1933 kulminierten.

Nach diesen Ausführungen referierte **HARALD LÖNNECKER (Koblenz)** über die »**Deutsche Einheit und deutsche Freiheit! – Die Göttinger Burschenschaft, ca. 1815-1850**«. »Deutsche Einheit und deutsche Freiheit!« war bereits lange vor der Revolution von 1848/49 ein wohl aus Jena stammender Schlachtruf der ab 1816 entstehenden Göttinger Burschenschaft. Sie wurzelte ebenso wie andere Burschenschaften in den Freiheitskriegen, stand unter dem Einfluss von Friedrich Ludwig Jahn, Ernst Moritz Arndt und Johann Gottlieb Fichte und war geprägt durch eine idealistische Volkstumslehre, christliche Erweckung und patriotische Freiheitsliebe. Diese antinapoleonische Nationalbewegung deutscher Studenten war eine politische Jugendbewegung – die erste in Europa – und die erste nationale Organisation des deutschen Bürgertums überhaupt, die 1817 mit dem Wartburgfest die erste gesamtdeutsche Feier ausrichtete. Die Folge des Wartburgfestes waren die »Beschlüsse des 18. Oktober«, die erste Formulierung der Grundrechte in Deutschland, die die Reichsverfassungen von 1848/49 und 1919 sowie noch das Grundgesetz 1949 beeinflussten. Zugleich stellen sie das erste deutsche Parteiprogramm dar. In der Burschenschaft entstanden die deutschen Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold.

Der Einfluss der Burschenschaft auf das nationale Bewusstsein der Deutschen, ihren Einheits- und Freiheitswillen, ist überhaupt nicht hoch genug zu veranschlagen. Vielfach haben die Burschenschaften dieses Bewusstsein erst geschaffen und machten es »Vom Elitewußtsein zur Massenbewegung« (Wolfgang Hardtwig): Viele der führenden Liberalen und Demokraten des Vormärz und weit darüber hinaus waren Burschenschafter und in der Revolution von 1848/49 spielte die Burschenschaft noch einmal eine wichtige Rolle. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entpolitisierte sie sich zumindest äußerlich und näherte sich, trotz aller gegenteiligen Rhetorik, immer mehr dem traditionellen, vor allem von den Corps repräsentierten Korporationstypus mit eher gesellschaftlich-sozialem Schwerpunkt an.

Die Göttinger Burschenschaft wurde als studentischer »Verein für Deutsche Geschichte« gegründet – womit sie auch an der Spitze der bürgerlichen Geschichtsvereinsbewegung in Niedersachsen steht. Aus ihren Reihen rekrutierte sich vielfach das Gründungs- und Führungspersonal für Griechen- und Polenvereine. Die Säulen der deutschen Nationalbewegung – Sänger-, Turner- und Schützenvereine – und Ansätze erster Parteibildungen hatten hier ihre Wurzeln. In der Auseinandersetzung um die Göttinger Sieben bezog die Bur-

schenschaft 1837 eindeutig Stellung. Sie bildete ein erstes Netz politisch Gleichgesinnter, für Einheit und Freiheit Eintretender, welches noch nach Jahren und Jahrzehnten wirksam werden konnte, sei es auf städtischer, Landes- oder Reichsebene. Dies alles trägt nicht wenig dazu bei, dass die Göttinger Burschenschaft als »Ort der Demokratie in Niedersachsen und Bremen« betrachtet werden kann.

ELIAS ANGELE (Bremen) machte anschließend die **»Demokratie und »subjektlose Gewalt: Die Stadtwehr in Bremen, 1919-1921«** zum Thema seiner Ausführungen. Nach der militärischen Niederschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 trat eine von mehrheitssozialistischer Seite geführte provisorische Regierung an, ihren Sieg längerfristig zu sichern und auszubauen. In Bremen bildete sich, wie in vielen anderen Städten, eine Freiwilligentruppe, die unter dem Namen »Stadtwehr« durch bewaffnete Patrouillen regelmäßig Präsenz im Stadtgebiet zeigte und als Reserveeinheit für spontane Einsätze ständig zur Verfügung stand. Wie sich herausstellte, wurde sie nicht nur zum Schutz der provisorischen Regierung eingesetzt, sondern war noch bis 1921 bei der Demonstrations- und Streikbekämpfung aktiv und dabei höchst umstritten. In der Selbstdarstellung sorgte die Stadtwehr für »Ruhe und Ordnung« und verteidigte damit oft gewaltvoll eine Regierungsform, die sich erst nachträglich demokratisch legitimierte und die vorrevolutionäre Gesetze zunächst weiterführte.

Die Stadtwehr als Apparat der öffentlichen Staatsgewalt entstand in einer Phase der gewaltvollen Konkurrenz unterschiedlicher Gesellschaftskonzepte, worin sie als bewaffnete Truppe eindeutig Partei ergriff. Sie agierte Zeit ihrer Existenz zwischen Republikschutz und Legitimationsdefizit. Damit war sie weit von einem für sich selbst postulierten »unpolitischen« Charakter entfernt. Anhand der Stadtwehr lässt sich die konfliktreiche Staatswerdung der Weimarer Republik im regionalgeschichtlichen Kontext ebenso zeigen, wie die kaum erforschte politische Kultur Bremens nach der Niederschlagung ihrer Räterepublik.

Unter dem Titel **»Vom Ort der Demokratie zum Ort der Demokratiegeschichte? Gorleben und die Anti-Atombewegung im Hannoverschen Wendland«** hielt **JENNY HAGEMANN** (Hannover) den letzten Vortrag der Veranstaltung. Mit Blick auf die Erinnerungsprozesse rund um 40 Jahre Protest und Anti-Atombewegung im Hannoverschen Wendland warf sie die Frage auf, inwiefern sich »Gorleben« von einem Ort der Demokratie zu einem Ort der Demokratiegeschichte entwickelt haben könnte. Denn die Benennung des unterirdischen Salzstocks als geeigneten Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum im Jahr 1977 war Initialzündung für eine völlig neue Entwicklung der Region: vom vornehmlich konservativen, strukturschwachen Landkreis Lüchow-Dannenberg hin zum Wendland als Kristallisationspunkt kreativer, außerparlamentarisch-demokratischer Teilhabe. Anhand des Gorleben-Archivs ließ sich beispielhaft nachvollziehen, wie heute bestimmte Akteure und Prozesse die Geschichte der Bewegung vergegenwärtigen und als Teil einer neuen regionalen Identität in Wert setzen: Bemerkenswert ist hierbei vor allem, wie Trägerinnen und Träger der Bewegung – quasi als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – das von ihnen selbst Erlebte archivieren, auf diese Weise aus ihrer alltäglichen Lebens-

welt herausheben und in Form von Geschichte weitergeben. Durch diese Institutionalisierung und Professionalisierung ihrer Erinnerungen werden sie zu wichtigen erinnerungskulturellen Akteuren, zu Archivarinnen und Archivare ihrer selbst. Gleichzeitig tragen sie durch die Zusammenarbeit mit politischen sowie wissenschaftlichen Institutionen zu einer Legitimierung und Historisierung dieser von ihnen getragenen Prozesse bei. Im Zuge dessen wird Gorleben zu einem Ort der Demokratiegeschichte. Nichtsdestotrotz bleibt die Frage nach einem Standort für die Endlagerung radioaktiver Abfallstoffe ungeklärt und die Auseinandersetzung mit den damit verknüpften Gefahren aktuell. Insofern kann Gorleben als beides betrachtet werden: als ein Ort der Demokratie und ihrer Geschichte.

In der sich abschließenden **Podiumsdiskussion**, die von **DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN** (Hannover) moderiert wurde, debattierten **JENNY HAGEMANN** (Hannover), **GABI HAAS** (Hamburg) und **WOLFGANG EHMKE** (Dannenberg) über »**Gorleben und die Anti-Atombewegung: ein Erinnerungsort niedersächsischer und bundesdeutscher Demokratiegeschichte?**«.

Gabi Haas, die in Hamburg lebt, aber seit über 40 Jahren mit Zweitwohnsitz auch im Landkreis Lüchow-Dannenberg beheimatet ist, hat die Proteste gegen die Atomanlagen in Gorleben seit der Standortbenennung 1977 aktiv begleitet. Sie ist heute Sprecherin des Gorleben Archivs. In Ihrem Statement stellte sie ebenfalls heraus, dass im Rückblick der politisch-kulturelle Wandel der Region ein herausgehobenes Merkmal darstellt. Sie schilderte den schwierigen Weg der Annäherung zwischen einer traditionell konservativen Landbevölkerung und auswärtigen, oftmals aus einem großstädtischen Milieu stammenden Atomkraftgegner. Eine erfolgreiche Vermittlerrolle haben diejenigen gespielt, die in beiden Lebenswelten beheimatet gewesen sind (einheimische Pendler, Großstädter mit Zweitwohnsitz im Wendland). Als erfolgreich erwies sich die Strategie, auf große, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu setzen. Bei den Planungen und Diskussionen galt das Konsensprinzip. Der Wille der lokalen Bevölkerung ist stets berücksichtigt worden. Man wollte einen passiven Widerstand organisieren, der Gewalt gegen Personen ausdrücklich ausschloss. Gleichzeitig verband sich der passive Widerstand mit konkreten politischen Forderungen. Dabei standen diese gezielten politischen Aktionen immer in Verbindung mit der Vorstellung bzw. Utopie eines anderen Lebens in der Gesellschaft (alternativer Lebensentwurf, ökologische Landwirtschaft, erneuerbare Energien). Nicht zuletzt hat bei dem erfolgreichen Protest auch der Faktor Glück eine Rolle gespielt: Zu einem richtigen Zeitpunkt wurden die richtigen Aktionen durchgeführt, die ein enormes Medienecho hervorgerufen haben – was nicht zuletzt auch durch den Besuch von prominenten Künstlern und Politikern unterstützt wurde.

Der ebenfalls als unmittelbarer Zeitzeuge geladene Wolfgang Ehmke engagierte sich ebenfalls seit der Standortbenennung 1977 in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. und war deren langjähriger Sprecher. Für ihn ist Gorleben ein herausragender Erinnerungsort der Demokratiegeschichte in Niedersachsen, da er geradezu paradigmatisch für die „Demokratie-Frage“ steht: Einerseits für das Fehlen von Demokratie bei der Durchsetzung eines nuklearindustriellen Großkomplexes, d. h. für eine rigide staatliche

Politik, die sich scheinbar dialogbereit gegeben hat – im Zweifel aber auf die Diffamierung, Kriminalisierung ihrer Gegnerinnen und Gegner sowie auf Polizeigewalt setzte. Auf der anderen Seite steht Gorleben gleichwohl für ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement breiter Bevölkerungskreise, für basisdemokratische Lernprozesse und „gelebte Demokratie“. Höchststrichterlich ist diese Auffassung, quasi ex post, in der bekannten Brokdorf-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 1985 bestätigt worden. Im Urteil wurde die Bedeutung der Versammlungsfreiheit und des demonstrativen Protests als grundlegende und unentbehrliche Funktionselemente in Demokratien mit parlamentarischem Repräsentativsystem und geringen plebiszitären Mitwirkungsrechten herausgestellt. Dies gilt insbesondere, wenn Repräsentativorgane mögliche Missstände und Fehlentwicklungen nicht bzw. nicht rechtzeitig erkennen oder aus Rücksichtnahme auf andere Interessen hinnehmen.